



Unsozialer Doppelhaushalt Haushaltsfragen sind Klassenfragen!

Im „reichen“ Stuttgart fehlt es an allen Ecken: Über 3300 wohnungssuchende Haushalte können nicht versorgt werden. Das Olgahospital schreibt jährlich Defizite in Millionenhöhe, das Krankenhaus-Personal ist überlastet. Der Personalstand im Gesundheitsamt wurde in den letzten zehn Jahren „kaputt“ geschrumpft. Etwa 2000 Stuttgarter Haushalten wurde der Strom abgestellt. Schulhäuser und Kitas lies man über Jahre verkommen. Das Recht auf einen Kitaplatz für alle Kinder unter drei Jahren gibt es nur auf dem Papier. Nicht zuletzt aufgrund der miserablen Bezahlung fehlt es an genügend ErzieherInnen. Der Neubau von Kitas scheitert schon am fehlenden Personal. Dass rund 60 000 Kinder in Stuttgart arm sind, ist kein Thema.

Mitmachfalle Bürgerhaushalt

Im hochgelobten sogenannten Bürgerhaushalt landete der Wunsch nach einer Sporthalle für die Grundschule Riedenberg auf Platz 1, gefolgt von dem Vorschlag, die Grundsteuer abzusenken und damit Wohnkosten zu verringern.

Die Vorschläge, den Bau von S21 stärker zu unterstützen und sich noch mehr an der Finanzierung zu beteiligen, bildeten das Schlusslicht. Wer glaubt, dass damit wesentliche Änderungen eingeleitet werden, täuscht sich. Denn eine Gewähr für die Umsetzung gibt es selbstverständlich nicht.

Geld ist genug da

Vermeintliche Sachzwänge und die leeren Kassen werden vorgeschoben, um diese Missstände nicht wirksam anzugehen. Doch Geld ist genug da! Durch die

LBBW-Rettung entgingen der Stadt 140 Mio € Dividende und über 80 Mio € Zinsen. Allein für die S21-Öffentlichkeitsarbeit sind jährlich 650 000 € reserviert. Erst im November wurde ein Zuschuss in Höhe von 100 000 € für das S21-Turmforum beschlossen. Der Erwerb der durch S21 frei werdenden Flächen von der Bahn kostete etwa 500 Mio €. Auch dieses Geld fehlt nebst Zinsen jetzt in der Stadtkasse. Für den Bau des Rosensteintunnels, der zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen wird, sollen rund 200 Mio € ausgegeben werden. Andererseits drücken sich die großen Automobilkonzerne um die Gewerbesteuer.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben

Das Bahnhofsrückbau-Projekt S21, der Rosensteintunnel und die Rettung der Zockerbank LBBW sind nur aus Sicht der Bevölkerung nutzlos, denn deren Bedürfnisse werden damit sicherlich nicht befriedigt. Allesamt dienen sie der Geldumverteilung von unten nach oben,



in die Taschen der Automobilindustrie, der Banken und Immobilienhaie. Dies soll auch im anstehenden Doppelhaushalt der Stadt Stuttgart zementiert werden. Allein mit dem S21-Ausstieg ließen sich viele soziale Probleme Stuttgarts lösen. Am 19./20.12. soll der Haushalt verabschiedet werden. Eine Gelegenheit für S21-Gegner, Mieter, Eltern und Beschäftigte, gemeinsam Druck für ihre Interessen zu machen.

Patrizia täuscht Mieter mit "Sozialcharta"

2012 verkaufte die LBBW mit Billigung ihrer Aufsichtsratsmitglieder von CDU, Grünen und SPD 21000 Wohnungen an den „Finanzinvestor“ Patrizia aus Augsburg. 3800 Wohnungen befinden sich in Stuttgart. Zur Beruhigung der Mieter handelte man eine „Sozialcharta“ aus. Sie begrenzt die rechtmäßigen jährlichen Mieterhöhungen auf die jeweilige Inflationsrate plus 3% vom Durchschnitt der Mieten aller gekauften Wohnungen. Danach gab es Mieterhöhungsbescheide über bis zu 10% u.a. an Mieter am Nordbahnhof. Einer der Betroffenen klagte und bekam in erster Instanz recht. Patrizia ging in die Berufung und gewann mit Urteil vom November 2013. Der Vermieter hatte argumentiert, dass der Mieter eine sehr günstige Wohnung habe und daher damit rechnen müsse, dass die Miete vergleichsweise stark angehoben werde. Die Gesellschaft SÜDEWO, die für Patrizia die Wohnungen verwaltet, beschwichtigte: Am Jahresende werde die Rechtmäßigkeit der Erhöhung von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert.

Fortsetzung Seite 2

Impressum
 **DKP** Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

**EUCOM und AFRICOM:
Tod aus Stuttgart** Seite 2

**Lohndumping bei Daimler
geht weiter** Seite 3

**Solidarität mit den Streikenden
im Einzelhandel** Seite 3

**Mit dem Leerstandsmelder
Druck machen!** Seite 4

Tod aus Stuttgart

Sie erinnern sich noch an die Anschläge auf das New Yorker Welthandelszentrum am 11. September 2001? Und an die Antwort des damaligen US-Präsidenten George W. Bush? Er erklärte der Welt einen immerwährenden Krieg der USA gegen den Terror. Auch die Medien rührten die Kriegstrommeln. Heute stellt



man fest, dass der 11.9. nicht nur als Kriegslüge gegen Afghanistan diene, sondern auch als Türöffner für alle kriegerischen Einnisierungen der USA in den letzten 12 Jahren wie im Irak oder Libyen mit Hunderttausenden zivilen Opfern. Die US-Regierung findet Terrorgefahr immer in solchen Ländern, die Bodenschätze wie Öl besitzen, sich als Aufmarschgebiete gegen den neuen Weltmarktkonkurrenten, die Volksrepublik China, eignen oder Regierungen haben, die sich nicht den Wünschen US-amerikanischer Konzerne beugen.

Drohnenkrieger in Möhringen

In Stuttgart befinden sich zwei Hauptstützpunkte des imperialistischen Kriegs gegen den Terror. In den Patch Barracks in Vaihingen befindet sich das Europa-Kommando (EUCOM), das u. a. Europa kontrolliert. Dort residiert auch der Geheimdienst NSA, vor dem wohl

auch Stuttgarter Bürger nicht sicher sein dürften. In den Kelley Barracks in Möhringen steht das Afrika-Kommando (AFRICOM), von wo aus tödliche Drohnenangriffe in Afrika gelenkt werden. Ziel der Drohnen sind politisch missliebige Personen, die z. B. die Absichten amerikanischer Öl-Multis stören, sich billig afrikanisches Öl anzueignen. Unter dem Friedensnobelpreisträger Barack Obama nimmt der Drohnenkrieg furchtbare Ausmaße an. Man schätzt, dass bei 376 Drohnenangriffen seit 2004 bis zu 3613 Menschen getötet wurden. Sehr viele von ihnen waren Zivilisten und Kinder. Für die US-Rüstungsindustrie sind die Drohnen ein Riesengeschäft.

Beihilfe zum Mord

Die Drohnenüberfälle zur Hinrichtung von Menschen ohne Gerichtsverhandlung und das Recht auf Verteidigung und die Tötung Unbeteiligter von Deutschland aus verstoßen gegen deutsche und internationale Gesetze. Sie sind Mord. Die Bundesregierung lässt dies zu. Sie leistet damit Beihilfe und macht sich daher strafbar. Bis vor kurzem will sie nichts von den Mord-Missionen der „amerikanischen Freunde“ gewusst haben. Das Auswärtige Amt hat aber vor sechs Jahren die US-Regierung gebeten, AFRICOM nicht an die große Glocke zu hängen. Das würde nur „unnötige öffentliche Debatten“ geben.

Die US-Kriegs- und Mordzentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart müssen sofort geschlossen werden!

Fortsetzung von Seite 1

Im Zweifelsfall gebe es Rückzahlungen. Ob Mieterhöhungen tatsächlich rechtmäßig sind, so die SÜDEWO-Rechtsabteilung, habe aber SÜDEWO nur der LBBW und nicht den Mietern gegenüber nachzuweisen. Die Mieter müssten der SÜDEWO einfach glauben.

Die Mieter sollten sich also nicht auf die Gerichte verlassen. Besser, sie werden selber aktiv und wehren sich gemeinsam, weil Wohnen im Kapitalismus eine Ware ist, die für ihren Eigentümer Profit abwerfen muss.



UZ - unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

marxistisch
kritisch
analytisch



Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

14-tägig dienstags: **10.12.**, **07.01.** und **21.01.**, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 17.12. und **14.1.**, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, nächster Termin: **19.12.** um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

CommPress Verlag GmbH · Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Coupon einsenden oder per Mail schicken: info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 - 23 / - 24 Fax: 0201 - 17 78 89 - 28

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101.

Lohndumping bei Daimler geht weiter!



Die Verhandlungen zu einer „Sozialcharta“ für Zeit- und Werkverträge bei Daimler sind gescheitert. Der Daimler-Vorstand ist nicht bereit, den Betriebsrat bei Werkverträgen mitbestimmen zu lassen. Stattdessen sollen nun die Werkvertragsfirmen auf die unterste Entgeltgruppe des jeweiligen regionalen

geklagt.

Auch wenn den Beschäftigten dabei nur Erfolg zu wünschen ist – das Problem der prekären Arbeit mit all seinen zerstörerischen Auswirkungen lässt sich weder fair gestalten noch individuell lösen.

Branchentarifvertrages verpflichtet werden.

Dennoch zeigt der Protest gegen die Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen Wirkung. Einige Kolleginnen und Kollegen haben angefangen, sich zu wehren und teilweise erfolgreich wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung

Leiharbeit und Werkverträge abschaffen statt regeln!

Der Niedriglohnsektor frisst sich immer mehr auch in die Großbetriebe. Er bedroht zunehmend die Stammbeschäftigten, spaltet und schwächt die Kampfkraft aller Beschäftigten. Ganz zu schweigen von dem Skandal, dass diese reichen Konzerne und ihre Aktionäre auch noch durch Milliarden aus der Arbeitslosenversicherung subventioniert werden, indem die betroffenen Beschäftigten von der Bundesagentur für Arbeit unterstützt werden müssen, weil sie – wie in dem Film „Hungerlohn am Fließband“ gezeigt – von ihrem Lohn die Familie nicht ernähren können.

Mit Gegenmacht und Widerstand der Prekarisierung entgegentreten!

Dazu brauchen wir starke und autonome – an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte und handelnde – Gewerkschaften!

Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel!

Richtig Weihnachten wird's wohl nicht werden für die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ der Einzelhandelsunternehmer.

Denn die streiken seit Mai gegen „ihre“ Unternehmer, und zwar so oft wie noch nie in der Geschichte des Einzelhandels. Sie haben auch allen Grund dazu. Anfang

des Jahres haben die Unternehmensverbände alle „Manteltarifverträge“ gekündigt, in denen Arbeitsbedingungen, Urlaubszeiten und -geld, Überstunden- und Nachtzuschläge und ähnliches geregelt sind. Sie wollen damit dauerhaft Verschlechterungen durchsetzen, etwa bei den Arbeitszeiten oder den Zuschlägen



für Spät- und Nachtarbeit. Kassiererinnen sollen weniger als bisher verdienen, und neue Niedriglohngruppen sollen auch gleich noch eingeführt werden. Natürlich lehnen sie die von der Gewerkschaft ver.di geforderte Gehaltserhöhung von 1 € pro Stunde ab.

Die Beschäftigten können nicht darauf vertrauen, dass sie ihre geforderte Lohnerhöhung unter dem Weihnachtsbaum finden, auch nicht, dass die gekündigten Tarifverträge wieder in Kraft gesetzt werden. Daher werden die „lieben Mitarbeiter/innen“ die Gelegenheit ergreifen, in der Adventszeit zu streiken, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Wenn Sie, liebe Leser, in der Weihnachtszeit vor einer bestreikten Filiale von H & M, esprit, Kaufhof, Karstadt usw. stehen: Seien Sie solidarisch mit den Beschäftigten und kaufen Sie nicht in bestreikten Betrieben!

Übrigens stehen auf den ersten drei Plätzen der Rangliste der reichsten Deutschen seit Jahren Einzelhändler.



Mit dem Leerstands- melder Druck machen!

Anfang November konnten die Initiatoren darauf anstoßen, dass auch in Stuttgart der Leerstandsmelder online ist. In der kurzen Zeit gibt es bereits über 50 Einträge von leerstehenden Wohnungen oder Gebäuden.

Leerstand obwohl in Stuttgart über 16.000 Wohnungen fehlen. Es wird in Stuttgart zwar an allen Ecken gebaut, aber in erster Linie Büros und irgendwelche teuren Luxuswohnungen. Vor allem in Zeiten zunehmend prekärer Beschäftigung müssen Wohnungen auch für diese



Menschen bezahlbar sein. In Hamburg, der Wiege der Leerstandsmelder, konnte über dieses Instrument so viel politischer Druck aufgebaut werden, dass es inzwischen eine Ordnungswidrigkeit ist, die auch bestraft werden kann, wenn jemand Wohnungen oder Häuser leer stehen lässt, ohne dies an die Stadt zu melden. Das ist angesichts des großen Wohnungsbedarfs auch in Stuttgart dringend nötig. Der Leerstandsmelder im Internet: www.leerstandsmelder.de/stuttgart

Protestaktion anlässlich der geplanten Verabschiedung des Stuttgarter **Doppelhaushalts**

Am 19. und 20. Dezember soll der unsoziale Doppelhaushalt 2014/15 der Stadt Stuttgart verabschiedet werden.

Kommen Sie am 19.12. ab 16.00 Uhr zur Protestaktion unter dem Motto "Unser Geld sinnvoll verwenden!"

Unterstützen Sie zwei Bürgerbegehren gegen S21!

Das Bürgerbegehren „Storno21“ fragt Sie, ob die Stadt aus S21 wegen extremer Kostenüberschreitung von bis zu 2,3 Milliarden Euro aussteigen soll.

Das Bürgerbegehren „Leistungsrückbau“ fragt, ob die Stadt aus S21 aus-

steigen soll, weil der neue Tiefbahnhof die Leistung des vorhandenen Kopfbahnhofs z. B. von 50 Zügen pro Stunde auf 32 Züge verringert.

Bauprojekte müssen den Bürgern dienen, nicht den Bau-Konzernen!

Unterschriftenlisten können im Netz unter storno21.de und www.leistungsrueckbau-s21.de heruntergeladen werden. Unterschriebene Listen können an der Mahnwache abgegeben werden.

**Systemfrage
System Stuttgart 21**

**Notbremse
Gebrauch erwünscht!**

**Stuttgart 21, das Monopolkapital
und der Staat**

Preis 2,50

DKP

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

Revierpark Wischlingen

www.dkp.de

Das
größte
Volkfest
der
Linken!



Kauft den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes